Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1874

18.4.1874 (No. 91)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 18. April.

№ 91.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Telegramme.

† **Wien**, 16. Apr. Der „Volksfreund" vernimmt, daß Seitens der römischen Kurie ein energischer Protest gegen die durch die preußische Regierung verfügte Absetzung des Erzbischofs Ledochowski bevorstehe.

† **Bern**, 16. Apr. Der Berner Regierungsrath hat auf eine Nachricht, daß im Jura am nächsten Sonntag, am Tage der Volksabstimmung über die Bundesrevision, Unruhen befürchtet werden, zu deren Verhütung in einer außerordentlichen Sitzung die nothwendigen Maßregeln angeordnet.

† **Paris**, 16. Apr. Die französische Regierung hat Hrn. v. Lesseps den Rath gegeben, die von der internationalen Tonnen-Kommission bezüglich des Suezkanals gefaßten Beschlüsse zu acceptiren.

† **Brest**, 16. Apr. Das transatlantische Paketboot „Amerika" ist auf seiner Rückfahrt von New-York 100 Meilen von dem hiesigen Hafen in heftigem Sturm umgeschlagen. Besatzung und Passagiere wurden durch 3 andere Schiffe gerettet.

Deutschland.

Karlsruhe, 17. Apr. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin haben Sich heute Nachmittag mit Zug 12 Uhr 40 Minuten nach Bruchsal begeben, um dort Ihre Königlichen Hoheiten den Fürsten und die Fürstin von Hohenzollern auf ihrer Durchreise nach Hechingen zu begrüßen, und sind nach einigen Stunden hierher zurückgekehrt.

Karlsruhe, 17. Apr. Der Staatsanzeiger Nr. 16 vom 16. d. M. enthält (außer Personalnachrichten):

Verfügungen und Bekanntmachungen der Staatsbehörden. Bekanntmachungen des Ministeriums der Finanzen: die erste diesjährige Gewinnziehung des Lotterieanlehens der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

Berlin, 15. Apr. Fürst Bismarck fährt fort, über seine Politik gegenüber dem vatikanischen Konzil Licht zu verbreiten. Der „Nordd. Allg. Ztg." ist neuerdings noch ein aus Varzin vom 11. Aug. 1869 datirtes Schreiben des Reichskanzlers an den Fürsten Clodwig v. Hohenlohe zur Verfügung gestellt worden, welcher Letztere bekanntlich als damaliger Präsident des bayrischen Staatsministeriums zuerst angeregt hatte, ob nicht die europäischen Regierungen gegen die Konziltendenzen eine gemeinsame Vorkehr treffen möchten. Nach einigen Zeilen formalen und persönlichen Inhalts schreibt Fürst Bismarck in dem bezeichneten Brief:

Eurer Durchlaucht wird es zur Genugthuung gereichen, daß schon jetzt die Besprechungen der deutschen Regierungen untereinander, wie sie auf die von Bayern ergangene Anregung stattgefunden, in Rom im Sinne der Vorsicht und des Friedens nicht ohne Wirkung geblieben sind. Es gibt dort eine Partei, welche mit bewußter Entschlossenheit den kirchlichen und politischen Frieden Europa's zu stören bestrebt ist, in der fanatischen Ueberzeugung, daß die allgemeinen Leiden, welche aus Zerwürfnissen hervorgehen, das Ansehen der Kirche steigern werden, anknüpfend an die Erfahrungen von 1848 und auf die psychologische Wahrheit fußend, daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht, als die irdisch befriedigte. Der Papst indessen soll Angesichts des Widerstands, der sich in Deutschland ankündigt, bedenklicher und dem Einfluß jener Partei weniger zugänglich geworden sein.

Wir haben ohne Zweifel in der parlamentarischen Gesetzgebung, in Norddeutschland wenigstens, eine durchschlagende Waffe gegen jeden ungerechten Uebergriff der geistlichen Gewalt. Aber besser ist es gewiß, wenn wir nicht gezwungen werden, von derselben Gebrauch zu machen, und ich halte es daher für eine Wohlthat, die den geistlichen wie den weltlichen Obrigkeiten erwiesen wird, wenn der Konflikt zwischen beiden sich durch die von uns besprochenen Warnungen und Vorsorgen verhüten läßt.

Auf unsern Episkopat hat das Kultusministerium sich bemüht in vertraulichem Wege vorbeugend einzuwirken. Mit meiner Gesundheit geht es langsam besser, und wenn ich mich auch von den Landtags-Verhandlungen nach Möglichkeit fern halte, so hoffe ich doch, für den Norddeutschen Bund zu Anfang des Jahres vollkommen geschäftsbereit zu sein. — Genehmigen Sie ꝛc. — gez. v. Bismarck."

Berlin, 15. Apr. (Köln. Ztg.) In der vergangenen Nacht starb ein Mann, dessen Name in die Tafeln der Verfassungsgeschichte Preußens unauslöschlich eingegraben ist, der Oberbürgermeister Grabow von Prenzlau. Wilhelm Grabow, geboren am 15. April 1802 zu Prenzlau, wurde 1847 von seiner Vaterstadt zu dem „Vereinigten Landtage" abgeordnet und gehörte hier zu den „Altliberalen", welche gegen das Verfassungspatent vom 7. Febr. 1847 als nicht entsprechend den Verfassungsverheißungen von 1815 und 1820 protestirten. Im folgenden Jahre wurde er von Prenzlau wieder zur Berliner Nationalversammlung gewählt. Hier gehörte er dem vermittelnden „rechten Zentrum" an und wurde, nachdem Milde in das Ministerium eingetreten war, Präsident der Versammlung. Bei dem Konflikte wegen Vertagung der Versammlung legte er seine Stellung und sein Mandat nieder. Aber nach der Octroyirung der Verfassung vom 5. Dezember 1848 wurde er wiederum zum Abgeordneten gewählt und in der kurzen Session vom Frühjahr 1849 abermals Präsident des Hauses. Nach der Auflösung dieses Landtages und der Octroyirung eines neuen Wahlgesetzes trennte sich Grabow von seinen „altliberalen" Freunden, protestirte gegen das neue Wahlgesetz und verharrte bis 1858 in Zurückgezogenheit. Im Jahr 1858, zum Beginn der „neuen Aera", nahm er abermals ein Mandat an, wurde Vizepräsident des Hauses und nach der Neuwahl von 1861 wiederum erster Präsident mit 269 Stimmen unter 273, also fast einstimmig. In den stürmischen Zeiten des folgenden Militärkonflikts (von 1862 bis 1866) entwickelte er als Präsident viel Energie für die Privilegien des Hauses gegenüber der Regierung und erwarb sich dadurch eine große Popularität. Im Jahr 1866 lehnte Grabow wegen zunehmenden Gehörleidens die Wiederwahl ab, und der Abgeordnete v. Forckenbeck wurde zum Präsidenten gewählt. In weiteren Kreisen wird dem Verstorbenen, der zu den gesinnungsvollsten Patrioten gehörte, ein ehrendes Gedächtniß bewahrt bleiben.

Berlin, 15. Apr. (Köln. Ztg.) Im Bundesrathe fand heute nur eine Ausschußsitzung für Zoll- und Steuerangelegenheiten, namentlich über die Steuervergütung für Spiritus, statt. Die seit dem vorigen Jahre in Kraft getretenen Bestimmungen sind mehrfach von den Organen des Handelsstandes zum Gegenstande von Petitionen um Abhilfe gemacht worden. Die Ausschußberathungen betreffen die Frage, wie weit dem Verlangen zu entsprechen sein möchte. Morgen trifft der württembergische Justizminister Dr. v. Mittnacht, in den letzten Tagen der Woche der bayrische Justizminister Dr. Fäustle hier ein. — Bezüglich der bekannten Anträge des Justizausschusses des Bundesraths zum Preßgesetze sind jetzt von den verschiedenen Bevollmächtigten Instruktionen erbeten worden, von deren Eintreffen die Ansetzung der Plenarberathung abhängig ist. Am Samstag oder Sonntag wird eine solche jedenfalls stattfinden. Im Reichstage soll am Montag die Berathung über das Gesetz betreffend das Verfahren gegen bestrafte Kirchendiener beginnen. — Heute Abend tritt die Kommission für den Bau des Parlamentshauses wieder in Berathung. Man hat den Mitgliedern einen Situationsplan des Terrains an der Königgrätzer Straße eingehändigt und will nun ermitteln, wie weit es möglich ist, darauf ein den Verhältnissen entsprechendes Gebäude aufführen zu können. Als Maßstab für ein solches hat man fünf der prämiirten Pläne in's Auge gefaßt. Die Architekten, welche der Kommission angehören, sind um ein drittes Mitglied, den Baumeister Ende, vermehrt worden. Bisher gehörten der Kommission der Geh. Oberbaurath Hitzig und der Direktor der Bauakademie, Prof. Lucae, an. — Heute Vormittag fand die Verhandlung des Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten gegen den Erzbischof von Posen und Gnesen, Grafen Ledochowski, statt. In Gemäßheit des § 24 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 erkannte der Gerichtshof auf Antrag des Staatsanwalts die Amtsentsetzung des Erzbischofs. Als Referent fungirte der Appelletionsgerichts-Präsident von Halberstadt, Dr. v. Schelling, als Staatsanwalt der Oberregierungsrath v. Gröben. Da vielfach Zweifel herrschten, daß die Verhandlungen öffentlich seien, so hatte sich nur eine kleine Anzahl von Zuhörern eingefunden. Der Angeklagte war nicht erschienen, als Zeuge wurde einer seiner Hausgeistlichen vernommen. Es bleibt zu wünschen, daß die nach der heutigen Verurtheilung fühlbar hervortretende Lücke der Gesetzgebung durch Berathung, bezhw. Beschlußfassung des dem Landtage vorliegenden Entwurfs über die Verwaltung erledigter Bischofssitze baldigst ausgefüllt werde. Wie man hört, wird das Abgeordnetenhaus mit dieser Vorlage seine Berathungen wieder beginnen. — Das von der „Nordd. Allgem. Ztg." veröffentlichte Schreiben des Fürsten Bismarck vom 11. August 1869 an den Grafen Arnim beweist einerseits, daß die Konzilsdepesche des Letzteren nicht, wie vielfach behauptet wurde, von hier aus veranlaßt war, dann aber auch, daß Fürst Bismarck sich damals zwar dem Konzil gegenüber zuwartend, aber doch nicht gleichgiltig verhielt. Die diesseitige aufmerksame Beobachtung des Ganges der Verhandlungen geht vielmehr aus allen bis jetzt veröffentlichten Schriftstücken hervor. Nur ein zu frühes Eingreifen erklärt der Kanzler für nicht praktisch. Von einem etwa schon damals vorbereiteten Kriegsplan gegen den Klerus war offenbar keine Rede; dieser konnte Frieden haben, wenn er ihn gewollt hätte.

♂ **Berlin**, 15. Apr. Von der heute ausgegebenen „Prov.-Korr." werden alle bisherigen Mittheilungen über die bevorstehenden Reisen des Kaisers als verfrüht bezeichnet, und zwar mit dem Beifügen, daß in Bezug auf dieselben noch keine festen Bestimmungen getroffen seien. Im Weiteren bemerkt das halbamtliche Organ: „Vermuthlich wird dem Badeaufenthalt in Ems, der wohl im Monat Juni stattfinden dürfte, ein mehrwöchentlicher Aufenthalt in Wiesbaden und ein Besuch in Jugenheim vorhergehen." Danach wäre also der früher angeregte und dann in den Hintergrund getretene Plan wegen des Gebrauchs einer Vorkur in Wiesbaden wieder aufgenommen. Der in Aussicht gestellte Besuch auf Schloß Jugenheim steht mit der Reise des Kaisers von Rußland in Zusammenhang. Kaiser Alexander wird am 21. Mai Abends aus England zum Kurgebrauch in Ems eintreffen und von dort am 18. Juni sich zu seinen erlauchten hessischen Verwandten nach Jugenheim begeben. Auf diesem Schloß gedenkt Höchstderselbe bis zum 28. Juni zu verweilen. Während seines dortigen Aufenthalts wäre denn der erwähnte Besuch des Kaisers Wilhelm zu erwarten. Hier in Berlin wird der Kaiser Alexander am 3. Mai Mittags aus St. Petersburg ankommen und am 5. Mai Abends seine Reise nach Stuttgart fortsetzen. Den vorläufigen Dispositionen zufolge soll zu Ehren des hohen Gastes am 4. auf dem Tempelhofer Felde ein Exerziren des Kaiser Alexander-Garde-Grenadierregiments und am 5. Vormittags bei Potsdam eine Parade stattfinden.

ny **Berlin**, 16. Apr. Sitzung des Reichstags. Fortsetzung der Berathung des Reichs-Militärgesetzes. Abschnitt II. Ergänzung des Heeres. Berichterstatter Abg. Dr. Lasker. Der § 9, welcher wegen der bayrischen Reservatrechte in der Kommission eine lange Debatte hervorgerufen hat, wird nach einer kurzen Begründung durch den Berichterstatter ohne Diskussion in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen. Ein Gleiches geschieht mit § 10. § 11 der Vorlage bestimmt, daß Personen, welche in Deutschland ihren dauernden Aufenthalt genommen haben, nachdem sie die Reichsangehörigkeit verloren hatten, sofern sie eine andere Staatsangehörigkeit nicht erworben oder dieselbe wieder verloren haben, gestellungspflichtig seien und bis zum vollendeten 31. Lebensjahre zum Militärdienst herangezogen werden können. Dasselbe gilt von den Söhnen solcher Personen, sowie von Denjenigen, welche zwar eine andere Staatsangehörigkeit erworben hatten, aber vor vollendetem 31. Lebensjahre wieder Reichsangehörige werden. Die Kommission hat zu diesem Paragraphen eine Abänderung beschlossen, nach welcher Diejenigen, die nach vollendetem 15. Lebensjahre das Reichsgebiet verlassen, wieder zurückkehren und ihren dauernden Aufenthalt in Deutschland nehmen, bis zum 31. Lebensjahre militärpflichtig sein sollen, Personen, die vor vollendetem 15. Lebensjahre ausgewandert sind, jedoch nur bis zum 25. Jahre, in einem späteren Lebensalter nur der zweiten Klasse der Ersatzreserve zugewiesen werden sollen.

Die Abgg. Dr. Kapp, v. Cuny und Miquel empfehlen die von Ersteren beantragte Wiederherstellung der Regierungsvorlage, indem sie darauf hinweisen, daß sehr häufig junge Leute ihr Vaterland verlassen, um sich der Militärpflicht zu entziehen, und daß man dieselben bei ihrer späteren Rückkehr doch nicht günstiger behandeln sollte als die eigenen Landeskinder.

Abg. Dr. Weber beantragt die Streichung der von der Kommission beschlossenen Aenderungen, und Staatsminister Delbrück unterstützt diesen Antrag, indem er ausführt, daß es sich hier darum handle, ein unerträgliches Verhältniß zu beseitigen, welches dadurch entstehe, daß sich in jedem Lande eine Menge Leute befinden, welche absolut keinem Lande angehören, und deßhalb in der glücklichen Lage sind, daß ihre Kinder Militärdienste nicht zu leisten brauchen. Die Absicht des § 11 sei, dieses Privilegium der Heimathlosigkeit aufzuheben, und die von der Kommission vorgeschlagene Fassung treffe nicht Das, was getroffen werden solle.

Dr. Löwe vertheidigt die Kommissionsvorschläge. Er hebt hervor, daß es sich hier um eine sehr geringe Zahl von Auswanderern handle, aus deren Heranziehung der Militärverwaltung gar kein Nutzen erwachse. Im Interesse der Gerechtigkeit müsse eine bestimmte Altersgrenze gezogen werden. — Abg. v. Cuny zieht seinen Antrag zu Gunsten des Weber'schen zurück, der letztere wird mit 178 gegen 155 Stimmen angenommen. Die §§ 12 und 13 werden gleichfalls angenommen.

Zu § 14 hat die Kommission den Zusatz beschlossen, daß ein Gesetz die Vorbedingungen regeln solle, welche zum einjährig-freiwilligen Dienst berechtigen. § 14 wird angenommen, desgl. die §§ 15—19. § 20 enthält in 7 Nummern die nähern Bestimmungen über die Befreiung bezhw. einstweilige Zurückstellung vom Militärdienst.

Abg. Hauk beantragt einen Zusatz zu diesem Paragraphen, nach welchem Studirende der Theologie und Rabbinatskandidaten vom Militärdienst befreit sein sollen. — Abg. Dr. Wehrenpfennig bekämpft diesen Antrag, indem er darauf hinweist, daß der Studirende der Theologie eben so behandelt werden müsse wie jedes andere Landeskind, er müsse theilnehmen an der vornehmsten Institution, der allgemeinen Wehrpflicht.

Abg. Dr. Moufang zur Unterstützung des Antrags Hauk: Der Waffendienst und Kampf sei unverträglich mit dem geistlichen Amte und es blieben noch viele andere Wege übrig, auf denen er seinem Vaterlande dienen könne. Der nationale Geist dieser Leute werde dadurch geweckt, habe man behauptet; dieser entstehe aber nicht erst in den 20er Jahren, sondern müsse im väterlichen Hause geweckt und entwickelt werden. Er empfehle deßhalb die Befreiung der Theologen.

Bundeskommissär Major Blume erwiedert, daß es seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Grundsatz gewesen sei, daß das Studium der Theologie von dem Militärdienst nicht befreie. Mit dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht sei es unvereinbar, eine Klasse von Staatsbürgern, namentlich solcher, die auf das Denken der Bevölkerung den größten Einfluß üben, gänzlich zu befreien. Im Uebrigen wisse die Militärverwaltung in vollem Maße zu würdigen, was die Geistlichen im letzten Kriege geleistet haben und daß dies in der ganzen Armee mit vollem Danke anerkannt werde. (Beifall.) Die Diskussion wird geschlossen, das Amendement Hauk abgelehnt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

§ 20 mit einigen vom Abg. v. Denzin beantragten Abänderungen angenommen, ebenso die §§ 22 und 23 a, — welche von der Ersatzreserve handeln. Im § 24 der Kommissionsbeschlüsse wird ein Reichsgesetz über die Zusammensetzung einer mit der obersten Leitung der Heeresergänzung zu beauftragenden Reichsbehörde in Aussicht gestellt und zugleich die Vorschriften aufgestellt, welche bis zum Erlaß des Gesetzes maßgebend sein sollen.

Generalmajor v. Voigts-Rheetz erklärt sich gegen diese Bestimmung. Für die Heeresergänzung sei in ausreichender Weise gesorgt, so daß für die Behörde nichts übrig bleiben würde. Staatsminister Delbrück erklärt sich in demselben Sinne; er vermißt in dem Vorschlag der Kommission jede nähere Angabe darüber, wie eine solche Behörde zusammenzusetzen sei, wie sie operiren solle u. dgl. m.

Abg. Dr. Wehrenpfennig stimmt gegen den Kommissionsantrag, weil er an die Entwicklungsfähigkeit dieses sogenannten Reichs-Rekrutirungsamtes nicht glaubt. Zu einem verantwortlichen Reichs-Kriegsministerium werde man doch kommen, das herbeizuführen, bedürfe es einer solchen Behörde nicht.

Abg. Richter (Hagen): Man brauche ein verantwortliches Kriegsministerium und eine solche oberste Behörde, welche die Ausführung dieses Gesetzes überwache. Jetzt fehle dem Bürger jeder Schutz, daß ihm nicht mehr zugemuthet werde als das Gesetz zuläßt.

Auf Antrag des Abg. v. Maltzahn (Gültz) ändert das Haus den Eingang des § 24 dahin: „Für die Zusammensetzung der die Heeresergänzung leitenden Behörde, und das Verfahren vor derselben, gelten folgende Bestimmungen": Mit dieser Aenderung und einigen vom Abg. v. Denzin beantragten Ergänzungen wird der Paragraph demnächst angenommen. Die §§ 25 und 26 werden angenommen.

§ 27 enthält die Strafbestimmungen und Vorschriften über die Folgen, welche die unterlassene Meldung zur Berichtigung der Stammrollen, sowie das unpünktliche oder Nichterscheinen in den Terminen vor den Ersatzbehörden nach sich zieht. — Die Abgg. v. Denzin u. Gen. beantragen hierzu folgenden Zusatzparagraph 27a: „Der erste Absatz des § 140 des Strafgesetz-Buchs für das Deutsche Reich wird dahin abgeändert: Wer es unternimmt, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte dadurch zu entziehen, daß er ohne Erlaubniß entweder das Bundesgebiet verläßt, oder zu verlassen versucht, oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebiets aufhält, wird mit einer Geldstrafe von 50 bis zu 1000 Thlr., oder mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahr bestraft."

Der Referent sowie der Abg. Dr. Meyer (Thorn) bekämpfen diesen Antrag. — § 27 der Kommissionsvorschläge wird angenommen. § 27a abgelehnt. Die §§ 28 bis 30a werden ohne Diskussion angenommen und ist damit Abschnitt II. erledigt.

○ **Berlin**, 16 Apr. Die Kronprinzlichen Herrschaften werden mit ihren Kindern am 25. d. M. zum Sommeraufenthalt von hier nach dem neuen Palais bei Potsdam übersiedeln. Am 1. Mai verlegen der Prinz und die Frau Prinzessin Karl ihre Residenz von hier wieder nach Schloß Glinicke bei Potsdam. Um dieselbe Zeit beziehen der Prinz und die Frau Prinzessin Friedrich Karl wieder das Jagdschloß Glinike. Wie verlautet, gedenkt der Prinz Friedrich Karl im Monat Juni eine Reise nach Rußland anzutreten. Auf derselben beabsichtigt Se. Königl. Hoheit auch einen Theil Sibiriens zu besuchen. — Die Nachrichten über das Befinden des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck lauten heute den Umständen nach günstig. Derselbe verbringt seit vorgestern einen großen Theil des Tages außer dem Bette und setzt seine Versuche fort, auf kurze Zeiten mit Benützung von Stützen sich im Zimmer zu bewegen. Diese Versuche sollen mehr und mehr von Erfolg begleitet sein. Zeigt sich auch andauernd in den Füßen noch die große Schwäche, daß die Bewegung des Gehens und das Stehen mit bedeutenden Anstrengungen verbunden sind, so haben doch die nervösen und gichtischen Fußschmerzen schon wesentlich nachgelassen. Auch macht bei regelmäßigem Appetit und bei ungestörtem Schlaf die allgemeine Kräftigung gute Fortschritte. Aller Voraussicht nach wird aber Fürst Bismarck noch eine Reihe von Wochen hindurch das Zimmer hüten müssen, ehe er weit genug hergestellt ist, um eine Kurreise unternehmen zu können.

Zu Konferenzen in Angelegenheiten der Ostbahn trafen heute Früh der Geh. Regierungsrath Wex, provisorischer Vorsitzender der königl. Direktion dieser Bahn, und der Regierungsrath Menzel aus Bromberg hier ein. Es gewinnt an Wahrscheinlichkeit, daß der zur Wiederbefestigung seiner angegriffenen Gesundheit beurlaubte Geh. Regierungsrath v. Mutius, Vorsitzender der genannten Direktion, nicht wieder auf seinen bisherigen Posten zurückkehren werde. Der in das Handelsministerium berufene Geh. Oberregierungsrath Maybach, Präsident der königl. Eisenbahn-Direktion in Hannover, ist dazu ausersehen, die neu zu bildende Abtheilung für das staatliche Aufsichtswesen in Betreff der Privatbahnen zu übernehmen. Nach Abzweigung dieses Departements behält der Ministerialdirektor Weishaupt die Leitung der Abtheilung für die Staatsbahnen.

Posen, 15. Apr. (Köln. Ztg.) Die Nachricht von der Amtsentsetzung des Erzbischofs Ledochowski wurde hier von der ganzen polnischen Bevölkerung mit größter Theilnahmlosigkeit aufgenommen.

Mainz, 14. Apr. (Köln. Ztg.) Das hiesige großh. Palais wird zur Aufnahme hoher Gäste in Bereitschaft gesetzt. Gegen Ende kommenden Monats wird der Großherzog Aufenthalt hier nehmen, um dann den Kaiser, welcher von Ems oder Wiesbaden herüber kommen wird, zu empfangen. Ob der Kaiser von Rußland (Schwager unseres Großherzogs) ebenfalls einen vorübergehenden Besuch abstatten wird, scheint noch unentschieden. Der Herzog von Edinburg mit seiner jungen Gemahlin dürfte auf der Reise in sein künftiges Land (Koburg-Gotha) seine hohen Verwandten hier begrüßen. — Prinz Ludwig von Hessen hat heute hier in seiner Eigenschaft als Kommandeur der hessischen Division die Inspektion der zuletzt eingetretenen Mannschaften bezüglich ihrer Ausbildung vorgenommen. Sie erstreckte sich auf drei Bataillone des 117. Regiments und einen Theil des gleichfalls hier garnisonirenden 1. Bataillons des 118. Regiments, deren Leistungen in den Turnübungen, dem Parade- und Gefechtsdienst. Se. Hoheit äußerte sich sehr anerkennend über die Truppen und deren Führung.

⁂ **Straßburg**, 16. Apr. Die Vermuthung, daß der Abgeordnete für den Kreis Schlettstadt, Bischof Räß während der gegenwärtigen Session nicht mehr in den Schoß des Reichstags zurückkehren wird, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß der Bischof gestern nach seinem Gute Siegolsheim (Station Bennweier) im Oberelsaß abgereist ist. Siegolsheim liegt oberhalb Kolmar in der Ebene etwa in der Mitte zwischen Station Bennweier und der alten freien Reichsstadt Kaisersberg. Ringsum ziehen sich die ergiebigsten Rebhügel, die sich unmittelbar an die Vogesenkette anlehnen. Daß der Bischof als der reichste und spekulativste Weinpflanzer der Umgegend gilt, wurde schon mitgetheilt. — Die Generale v. Skopp und Stein v. Kamienski begaben sich heute nach Schlettstadt zur Inspektion der ihnen unterstellten Truppen.

H. **München**, 16. Apr. Die Münchener „Neuest. Nachr." betrachten die Freundschaft der Ultramontanen und Sozial-Demokraten als zu Recht bestehend und äußern sich darüber u. A.: „Hatten am Sonntag Vormittag die Sozial-Demokraten den „katholischen Volksmännern" in dem geweihten Kasinosaal gewissermaßen Staatsvisite gemacht, so fehlten ihrerseits „Männer des kathol. Volkes", voran Dr. Sigl, nicht bei dem Ausfluge, welchen Nachmittags ihre sozialistischen Freunde nach Maria Einsiedeln unternahmen. Eine fröhliche Vereinigung unter der rothen Fahne, welche die Sozialisten, allerdings nur kurze Zeit, bis der anwesende Beamte sie verschwinden machte, flattern ließen. Am nämlichen Tage Abends fand in der „Neuen Welt" das Stiftungsfest des „kathol. Volksvereins" statt, wobei 2 geistl. Herren als Festredner auftraten; Letzterer gab u. a. salbungsvollen Wendungen ganz besonders seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß ihn Morgens seine Pflicht, Religionsunterricht in einer Anstalt zu ertheilen (!), zu früh aus dem Kasinosaal abrief, als daß er den Arbeitern, d. h. den anwesenden Sozial-Demokraten, noch seine Sympathien hätte ausdrücken können für ihren Rechtssinn, u. drgl. Freundschaftsphrasen mehr! Böse Menschen behaupten, der Hr. Erzbischof und die hochadeligen Herren, welche durch ihre Geldmittel die „katholische Bewegung in Fluß brachten und ihr das Kasino bauten, sollen über die von Dr. Sigl zu Stande gebrachte entente cordiale der Ultramontanen mit den Sozial-Demokraten ganz entzückt sein und sich künftig bei den Ausflügen der letztern auch mit ihren Damen betheiligen wollen. Dr. Sigl hat aber gewiß „ihm zum Nutz, den Neuesten zum Trutz, der katholischen Sache zum Schutz" einen neuen päpstlichen Segen von ganz besonderer Kraft und Unfehlbarkeit zu erwarten."

Oesterreichische Monarchie.

≌ **Wien**, 16. Apr. Mit 148 gegen 21 Stimmen ist der Antrag auf Ausweisung der Jesuiten an den konfessionellen Ausschuß des Abgeordnetenhauses verwiesen; dem Dekorum ist Genüge gethan, dort wird er ruhen bleiben. Denn das haben auch die Antragsteller nicht erwarten können und erwartet, daß das Haus die Regierung schließlich drängen werde, in solcher Weise offensiv vorzugehen; man weiß zu genau, daß man damit alles Andere in Frage stellen könnte. Die Mitglieder der Regierung betheiligten sich übrigens an der Abstimmung nicht, sondern verließen vorher den Saal.

Ein heute kundgemachter Auslieferungsvertrag mit England enthält eine interessante Klausel, wie sie bisher in ähnlichen Verträgen nicht vorkam. Wegen politischer Verbrechen findet keine Auslieferung statt, aber auch dann nicht, wenn der wegen eines gemeinen Verbrechens Auszuliefernde darzuthun vermag, daß das Auslieferungsbegehren der That nach nichts Anderes bezwecke, als ihn für ein politisches Verbrechen zu strafen.

Frankreich.

△ **Paris**, 15. Apr. In Marseille kam es vorgestern bei der Eröffnung des Generalraths zu einem sehr heftigen Auftritte. Der Präsident, Hr. Labadié, sagte in einer Ansprache: Die Regierung beobachtete eine systematische Feindseligkeit gegen die von dem allgemeinen Stimmrecht gewählten Versammlungen und die Bevölkerungen erwarteten von den Generalräthen, daß sie ihren gegründeten Klagen Ausdruck gäben. Es scheine nachgerade, daß man zu dem System des Kaiserreichs zurückkehren wolle. Der Generalrath sei vollkommen berechtigt, sich in Form eines „Wunsches" über das neue Maires-Gesetz, sowie über Alles zu äußern, was auf die allgemeine Verwaltung Bezug hat. Die Lage verschlimmere sich zusehends, die Interessen litten unter dem Provisorium und es gebe nur ein Heilmittel: die Republik. Der Präfekt, Hr. v. Tracy, entgegnete: er sei auf eine solche Kundgebung gefaßt gewesen; schon seit einiger Zeit eröffneten nichtpolitische Versammlungen ihre Sessionen mit ähnlichen gesetzwidrigen Akten, er werde an die Regierung berichten, welche über diesen Zwischenfall entscheiden werde. Unter den Anwesenden entstand nun ein ungeheurer Tumult, in welchem sich die Rufe kreuzten: Es lebe der Präfekt! Es lebe Frankreich! Es lebe die Republik! Der Präfekt verordnete die Räumung der Tribünen, die nur mit großer Mühe bewerkstelligt wurde. Die Journalisten durften auf ihren Plätzen bleiben. Mehrere Generalräthe unterstützten und beglückwünschten ihren Präsidenten und beschuldigten den Präfekten, einen öffentlichen Skandal veranlaßt zu haben. Die Stadt Marseille blieb ruhig.

△ **Paris**, 16. Apr. Nach dem Gesetze von 1871 sollen die Generalräthe alle drei Jahre drittelweise erneuert werden; ein Dritttheil muß also im Laufe des Jahres 1874 neu gewählt werden. Die Regierung legt auch diese Bestimmung wieder extensiv aus und behält sich vor, die betreffenden Wahlen erst gegen Ende des Jahres auszuschreiben, wenn das neue Wahlgesetz beschlossen sein wird. Nach der strengen Interpretation laufen aber die Gewalten der bisherigen Generalräthe schon im August ab und in einigen dieser Versammlungen ist daher der „Wunsch" angenommen worden, daß die Wahlen vor dem letzteren Termin statthätten.

In der stürmischen Sitzung des Marseiller Generalraths, über welche wir gestern berichteten, wurden vom Publikum auch Hochrufe auf den König ausgestoßen. Aus diesem Anlaß entspann sich dann eine Diskussion zwischen dem Republikaner Barne und dem Legitimisten Baron Chabert, wobei der Letztere behauptete, es sei ebenso ungesetzlich, zu rufen: Es lebe die Republik! als: Es lebe der König! Die ganze Kundgebung des Publikums war übrigens, wie der „Univers" selbst eingesteht, von den katholischen Arbeitervereinen in Szene gesetzt worden. — Der Schwurgerichtshof von Algier hat in dem Prozesse, welchen der Polizeidirektor der Stadt noch vor dem Belagerungszustande gegen die Zeitung „La Solidarité" wegen Verleumdungen angestrengt hatte, sein Urtheil gesprochen. Der Gerant des Blattes wurde wegen Schmähungen gegen einen Beamten zu sechs Monaten Gefängniß, 2000 Fr. Strafe und 2000 Fr. Schadenersatz verurtheilt; der Drucker wurde freigesprochen. — Die ultra-legitimistische „Correspondence de la France catholique et royaliste" erklärt: „Heinrich V hat Frohsdorf nicht verlassen. Das Komité der Neun (Changarnier und Genossen) ist und bleibt seit dem 5. November v. J. aufgelöst. Der König hat keine Delegirten von der royalistischen Rechten empfangen. Erst nach der Session der Generalräthe dürften sich unsere Freunde zu dem König begeben. — Eine starke Minorität des Pariser Gemeinderaths hat unter dem Eindruck des von dem Erzbischof von Paris gegen die in Méry-sur-Oise anzulegende Nekropole unternommenen Feldzuges ein Gegenprojekt eingebracht, wornach eine Anzahl von neuen Friedhöfen mäßigeren Umfanges in der nächsten Umgebung von Paris errichtet werden sollen.

Hr. Guizot ist seit einigen Tagen sehr leidend. Der Tod seiner Tochter ist ihm noch nicht so nahe gegangen, als der Streit mit Hrn. Emile Ollivier und die Enthüllungen, welche in Folge dessen über das Verhältniß seines Sohnes zu dem Kaiser Napoleon gemacht wurden. Der greise Staatsmann verfällt jetzt häufig in langen Schlaf, der ihm gleichwohl keine Kräfte gibt; auch leidet er an Appetitlosigkeit. Er liest und schreibt nach wie vor, darf aber das Zimmer nicht verlassen. — Das Pariser Kriegsgericht verhandelte gestern gegen den ehemaligen Artillerieoffizier Lesne, einen lediglich durch seine Intelligenz und glänzende Aufführung in der regulären Armee zum Hauptmann aufgestiegenen jungen Mann, der nach dem Vorbilde Rossel's in die Dienste der Commune getreten war und während des Bürgerkriegs die Artillerie des Forts von Issy befehligt hatte. Lesne, der erst kürzlich durch einen Zufall in Paris entdeckt wurde, erhielt, nachdem er schon in contumaciam zu verschärfter Deportation verurtheilt worden war, eine Strafe von fünf Jahren Gefängniß.

Aus Neu-Caledonien wird dem „Moniteur universel" von einem sehr ernsten Vorfalle berichtet. Ein Deportirter, Namens Saint-Brits, welcher mit der Aufsicht über eine Gruppe seiner Genossen betraut worden war und sich hierbei durch seine Strenge den Haß seiner Untergebenen zugezogen hatte, wurde eines Abends von vier derselben, den ehemaligen Communards Perrot, Lamouche, Andrieux und Althaus, angefallen und lebensgefährlich verwundet. Die vier Thäter wurden entdeckt und kriegsgerichtlich zum Tode durch Pulver und Blei verurtheilt; sie legten bis zur Exekution und noch auf dem Richtplatze den größten Cynismus an den Tag.

Amerika.

†† **Ottowa**, 15. Apr. Nach dem veröffentlichten Finanzberichte beträgt das Defizit von Kanada 3 Mill. Pfd. St. und wird zu dessen Deckung vorgeschlagen, daß eine Steuer auf Eisen, Thee, Kaffee und Schiffsbau-Materialien gelegt, außerdem aber die Eingangszölle und die Accise auf Spirituosen, Wein, Tabak und Cigarren erhöht werden. Für Seide, Uhren, Bijouterien soll die Steuererhöhung 5 Proz., für andere Artikel 1⅔ Proz. betragen. Auch die Steuer auf die besseren Zuckerqualitäten soll eine kleine Erhöhung erfahren.

Badische Chronik.

§* **Pforzheim**, 16. Apr. Der Vorstand des hiesigen „Musikvereins" hat mit dem Vorstand des „Philharmonischen Vereins" in Karlsruhe die Vereinbarung getroffen, das von beiden Vereinen einstudirte Tonwerk „Odyssens" von Max Bruch gemeinsam mit vereinigten Chorkräften gegen Ende dieses oder Anfang nächsten Monats aufzuführen und zwar in der Weise, daß die erste Aufführung in Karlsruhe und die zweite einige Tage später in Pforzheim stattfinden soll. Die von Seiten der Vorstände an die mitwirkenden Damen und Herren beider Vereine gerichtete Anfrage bezüglich ihrer Theilnahme an beiden Aufführungen soll ein sehr günstiges Resultat ergeben haben und das Projekt von beiden Seiten mit großer Freude begrüßt worden sein. — Der Weggang des Hrn. Oberamtmann Joos von hier, welcher nach nicht ganz 1½jährigem Hiersein zum Kollegialmitglied des Großh. Ministeriums des Innern befördert wurde, wird hier sehr bedauert. Durch seine hervorragende Geschäftstüchtigkeit und freundliches Entgegenkommen erwarb sich Hr. Ministerialrath Joos hier, wie in seinem früheren Wirkungskreis die allgemeine Hochachtung und Werthschätzung. — Vorgestern fand hier eine von den hiesigen Sozial-Demokraten veranstaltete Versammlung statt, welche aber nur von etwa 150 bis 160 Arbeitern besucht war. Da die auftretenden Redner sich gravirende Angriffe auf den Richterstand und die Reichs-Gesetzgebung erlaubten, so wurde die Versammlung von dem anwesenden Vertreter der Staats-Polizeibehörde aufgelöst.

♯ **Mannheim**, 16. Apr. Das Komité für die Errichtung eines Denkmals für die auf dem hiesigen Friedhofe ruhenden deutschen Krieger hat, nachdem die Enthüllung des durch Prof. Moest

trefflich ausgeführten Denkmals im vorigen Herbste wegen den Anordnungen zur Abwehr der Cholera unterlassen werden mußte, nunmehr die Enthüllungsfeier auf Sonntag den 10. Mai d. J., Nachmittags 2 Uhr, anberaumt. Die Festrede wird statt des inzwischen mit Tod abgegangenen Dekans Dr. Schellenberg Hr. C. Eckhard halten. — Die Prüfungen an der Töchterschule (am 13., 14. und 15. d. M.) nahmen einen äußerst befriedigenden Verlauf und bewiesen auf's neue, welchen wichtigen Platz unter den hiesigen Bildungsmitteln die musterhaft geleitete Anstalt einnimmt. Zwei bewährte Lehrerinnen der Töchterschule werden in nächster Zeit eine Privatschule mit Pensionat errichten. Die Vermehrung dieser letzteren erscheint um so mehr als Bedürfniß, da einzelne der bestehenden Privatanstalten mit Aufnahmsbedingungen belastet sind, welche in grellem Widerspruche zu den humanen Anschauungen der Neuzeit stehen.

⊙ Baden, 15. Apr. Polizeikommissär Sachs von hier, welcher einer der 4 Polizeibeamten aus dem Deutschen Reich gewesen ist, die auf den Wunsch der k. k. Polizeidirektion in Wien dieser während der Wiener Welt-Ausstellung beigegeben worden sind, und welcher demzufolge vom Beginn bis zum Ende der Ausstellung in Wien verweilte, hat über die Erfahrungen, die er dort gesammelt, einen Bericht abgefaßt und denselben dem Druck übergeben. Der Bericht enthält eine genaue Darstellung der gesammten Wiener Polizeiorganisation, sowohl der Zentralstelle und der von ihr unmittelbar abhängigen Behörden und Einrichtungen als auch der einzelnen Zweige: Administrativ-, Sicherheits- und Gerichtspolizei und Staatspolizei; ferner die Organisation der Polizei in der Welt-Ausstellung, insbesondere die Verkehrsanstalten, sozial-demokratische Bewegung 2c. Von Einzelnheiten verdienen besonderes Interesse: die Detektives, nicht uniformirte Polizeiagenten nach englischem Muster, sind seit zwei Jahren in Wien eingeführt, bestehen z. Z. aus 160 Mann und haben sich sehr bewährt.

Eine Telegraphenleitung verbindet die Zentral-Polizeidirektion mit 37 in der Stadt und auf den Bahnhöfen befindlichen Polizeistationen und eine weitere Ausbreitung dieses Telegraphennetzes ist in Ausführung begriffen. 500 Sicherheitswachmänner sind zum Telegraphiren ausgebildet. — Eine eigene lithographische Anstalt in der Polizeidirektion sorgt für Vervielfältigung der Befehle 2c. — An Fiakern erreicht die Zahl lange nicht die in dem etwa gleich großen Berlin vorhandene. Dagegen hat die Pferdebahn, dieses in Wien so beliebte, Tramway genannte Institut, 960 Wagen, von welchen jeder 20—30 Personen aufnimmt.

Kehl, 14. Apr. (Kinzth.) Mit der Einrichtung unserer beiden Forts für die Bewohnung ist bereits begonnen und werden dieselben in der nächsten Zeit von der zu erwartenden Garnison wieder bevölkert sein. — Eine Versammlung von Interessenten der projektirten Rheinthal-Bahn unter Zuzug von maßgebenden Fachmännern war vorgestern hier versammelt, um die zur Anlage der Linie Rastatt-Kehl erforderlichen Schritte einzuleiten.

= Aus dem Breisgau, 16. Apr. Die Erstellung einer Eisenbahn von Kolmar nach Altbreisach im Anschluß an die Freiburg-Breisacher Bahn und als Verbindungsglied zwischen den badischen und den reichsländischen Bahnen ist unstreitig von der größten politischen Bedeutung, abgesehen von den Vortheilen, welche sie dem Handel und der Industrie der betheiligten Länder bietet. Es werden durch eine solche Verbindungsbahn die Bevölkerungen diesseits und jenseits des Rheines einander erheblich näher gerückt, Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen denselben ermöglicht und erleichtert und die Anknüpfung sonstiger Konnexionen befördert, was nothwendig zur Folge haben muß, daß die bisherige Zurückhaltung und Verschlossenheit der elsässischen Bevölkerung nach und nach zu weichen beginnt und sich ein, wenn auch gerade nicht jetzt schon freundliches, so doch jedenfalls minder schroffes Verhältniß zwischen diesseits und jenseits des Rheines daraus gestaltet, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit sich immer mehr entwickelt und die deutsche Sache in den Reichslanden mehr und mehr Boden gewinnt. Die Herstellung einer solchen Verbindungsbahn zwischen Alt- und Neudeutschland erscheint deßhalb schon von diesem nationalen und patriotischen Gesichtspunkt aus dringend erwünscht und geboten. Diese Erwägungen werden wohl auch der Entschließung des Reichstags zu Grunde gelegen haben, als er vor zwei Jahren die Mittel zum Bau der Bahn von Kolmar nach Breisach mit 1,244,000 Thalern bewilligte. (Gesetz vom 15. Juni 1872.) Man durfte sich damals der frohen Hoffnung hingeben, daß der Bau dieser wichtigen Bahn ohne Verzug werde begonnen und rasch zu Ende geführt werden, dies um so mehr, als man mit der Ausführung der Bahn dem Wunsche einer der bedeutendsten Städte des Elsasses, der Stadt Kolmar, entgegengekommen wäre, welche schon vor dem Jahre 1870 die Erbauung der Bahn auf eigene Rechnung beschlossen hatte, ein Projekt, dessen Ausführung nur durch den Ausbruch des Krieges vereitelt wurde. Leider sind diese Erwartungen bisher noch nicht in Erfüllung gegangen, denn es wurde mit dem Bahnbau bis heute noch nicht begonnen und soll, wie man aus zuverlässiger Quelle erfährt, damit so lange zugewartet werden, bis die bezüglich der Tragung der Kosten für die Ueberbrückung des Rheins bestehenden Differenzen gehoben sind, welche sich wegen der aus militärischen Rücksichten im Interesse der Reichsvertheidigung für nothwendig erachteten fortifikatorischen Anlagen an der zu erstellenden Rheinbrücke auf etwa 800,000 Thaler belaufen werden, und wovon nach der Ansicht der Reichsregierung die Städte Freiburg und Altbreisach als Eigenthümerinnen der Freiburg-Breisacher Eisenbahn die Hälfte übernehmen sollen, während diese Städte einen so großen Aufwand außer Verhältniß zu dem Erträgnisse ihrer Bahn von kaum 22 Kilometer Länge und zu den nach Erstellung der Brücke zu hoffenden Mehreinnahmen stehend finden.

Jedenfalls dürfte das Verlangen dieser Städte kein unbilliges zu nennen sein, ihnen nur den hälftigen Betrag derjenigen Kosten aufzubürden, welche bei einer einfachen Eisenbahn-Brücke, ohne Befestigungsanlagen, würden erwachsen sein, denn diese letzteren sind weniger für die Eisenbahn als solche, denn vielmehr lediglich im Interesse der Vertheidigung des Reiches erforderlich, und sollten deßhalb auch die Kosten dafür von diesem allein übernommen werden. Ueber die lange dauernde Verzögerung dieser Angelegenheit macht sich allmälig sowohl diesseits als jenseits des Rheins eine gewisse Mißstimmung bemerklich, und ist die daraus hervorgehende Unzufriedenheit leider nur geeignet, die Erweckung von Sympathien im Elsaß, wie man solche doch anstreben muß, zu hemmen und die Angewöhnung der Elsässer an die neugestalteten politischen Verhältnisse zu erschweren. Die Reichsregierung sollte aus diesem Gesichtspunkte auf die baldige Inangriffnahme des Bahnbaues ernstlich Bedacht nehmen; die Brückenbau-Frage könnte unseres Erachtens füglich später erledigt werden. Sicherem Vernehmen nach fand dieser Tage in Freiburg eine Konferenz von technischen Vertretern der Interessenten in dieser Angelegenheit statt, woran auch ein Mitglied des großh. Handelsministeriums Antheil nahm. Man hegt in Folge dessen die Hoffnung, daß die badische Regierung vermittelnd eintreten und sich mit der Reichsregierung in's Benehmen setzen werde, so daß wir dem baldigen Beginne des Bahnbaues entgegensehen zu dürfen glauben.

✉ Konstanz, 14. Apr. Die gestrige Vorlesung des Hrn. Stadtvikars Hasenklever von Freiburg über „Maria als Mutter Jesu" war stark besucht. Hr. Hasenklever gab zunächst eine Darlegung über die geschichtliche Entstehung des Marienkultus. Er zeigte, wie dieser Kultus, welcher sich in unserer Zeit zu einer so außerordentlichen Bedeutung ausgebildet hat, seine Begründung nicht in der Bibel findet. Dort tritt uns vielmehr an Maria immer nur die rein menschliche Seite entgegen; sie erscheint als die liebende, sorgende Mutter Jesu. Mit der Verbreitung des Christenthums bei seither heidnischen Völkern, vor Allem nach den massenhaften Bekehrungen unter Kaiser Konstantin, überträgt sich die polytheistische Anschauung dieser Völker in das Christenthum; sie nimmt gleichsam ein christliches Gewand an. Die Vorstellung einer hohen weiblichen Gottheit war ja bei allen heidnischen Völkern verbreitet und ist in der Natur des Menschen tief begründet. Diese Gottheit ist die milde Fürbitterin, die er sich immer gerne als Vermittlerin denkt zwischen sich und dem erhabenen, ernsten Gott. So wurde die Stellung der Maria im Kultus eine mehr und mehr hervorragende und erreichte nach Bekehrung der germanischen Völker zum Christenthum allmälig ihren Höhepunkt. Redner zeigte nun im Weitern, welche Wirkung die Ausbildung dieses Kultus auf die Entwicklung der Kunst hatte. Während die ältesten Ueberreste christlicher Kunst in den Katakomben von Rom uns beinahe gar keine Spuren einer Marienverehrung zeigen, so hat die spätere Zeit ihre größten und erhabensten Schöpfungen in dieser Richtung hervorgebracht. Redner gab zum Schluß eine Darstellung der bedeutendsten dieser Meisterwerke von Raphael, Titian und Holbein. — Der Vortrag zeugte von gründlichem Studium und einem umfassenden Blick, welcher eine durchaus objektive Behandlung des Gegenstandes ermöglichte.

Vermischte Nachrichten.

— Berlin, 10. Apr. Am Dienstag Vormittag — erzählt die „Bürgerztg." — bald nach 8 Uhr hörten die Passanten der Leipzigerstraße in der Gegend der Markgrafenstraße aus einem vorüberfahrenden sog. Faktagewagen eine Detonation; gleichzeitig flog die Blechverkleidung der an der Rückseite des Gefährtes befindlichen Thüre auf die Straße und eine helle Flamme schlug aus der Oeffnung heraus. Sofort sammelte sich eine Masse Neugieriger um den Wagen, dessen Führer angehalten wurde. Verstörten Blickes und auf das Höchste erschreckt, taumelte der Postschaffner aus dem Innern des Gefährtes heraus. Die rechte Hälfte des Gesichts war verbrannt, Bart- und Haupthaare angesengt. Der Aermste war begreiflicher Weise kaum seiner Sinne mächtig. Ein mitleidiger Herr holte aus einer gegenüberliegenden Weinhandlung ein Glas Wein und frischte so die gesunkenen Lebensgeister des Beamten wieder auf. Auf Befragen erzählte er endlich, daß ein kleines Paket im Gewicht eines halben Kilo, das in einem Fache besonders lag, plötzlich von selbst mit hellem Feuer explodirt sei. Wie sich später herausstellte, enthielt das gefährliche Frachtgut Schießbaumwolle, welche von einem Bremer Hause an die hiesige „Photographische Gesellschaft" adressirt war. Der brave Beamte setzte, obwohl er so eben knapp einer Todesgefahr entronnen war, trotz großer Schmerzen seine Bestellungstour bis zu seiner Ablösung um Mittag fort und dann erst meldete er sich nothgedrungen krank.

— Prag, 14. Apr. Bei der heute stattgehabten Schwurgerichts-Verhandlung wurde in dem Ehrenbeleidigungs-Prozesse des Königs von Sachsen wider den Redakteur der „Politik", Penecke, der Angeklagte einstimmig der Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe von hundert Gulden, sowie zur Tragung der Anklagekosten verurtheilt.

Nachschrift.

† Posen, 17. Apr. Von der sofortigen Abführung Woyciechowski's in das Bromberger Gerichtsgefängniß wurde auf dessen Bitte mit Zustimmung des Gerichts Abstand genommen; die Abführung erfolgt am Montag.

† Gnesen, 17. Apr. Der Domherr und stellvertretende Offizial Woyciechowski wurde heute verhaftet und zur Verbüßung einer einjährigen Gefängnißstrafe nach Bromberg abgeführt.

† Wien, 16. Apr. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Kreditanstalt gelangten die beantragten Statutenänderungen betr. die Ertheilung der Prokura und Firmenzeichnung, die Ermöglichung der Theilnahme an den Generalversammlungen auch für die Besitzer von weniger als 25 Aktien und die zur Giltigkeit der Generalversammlung nothwendige Stimmenzahl zur Verhandlung. Die Aenderungen wurden einstimmig angenommen. Auf eine Interpellation über den Debitorenstand antwortete die Direktion, daß die gesammten Debitoren sich nur noch auf 52 bis 53 Millionen beliefen. Die ganze Summe, ausgenommen 5 Millionen, die an angesehene Häuser ohne Deckung geliehen worden, sei vollständig bedeckt. Betreffs der Solidität dieser Abtheilung sei keinerlei Bedenken statthaft.

† Madrid, 16. Apr. Admiral Topete reist heute Abends nach Santander zurück. Das Einvernehmen im Ministerium ist vollständig wiederhergestellt.

† Barcelona, 15. Apr. Die Karlistenbande des Pfarrers Prades ist in einem Treffen mit den Regierungstruppen geschlagen worden.

† London, 16. Apr. In der heutigen Sitzung des Unterhauses gab der Schatzkanzler ein Exposé über das Budget pro 1874—75. Nach dem Exposé würde sich in diesem Rechnungsjahr ein Ueberschuß von muthmaßlich 5,492,000 Pf. St. ergeben, der Schatzkanzler schlug daher die Abschaffung der Zuckerzölle und der Pferdesteuer, sowie die Ermäßigung der Einkommensteuer um einen Penny vor, wogegen er die Wiederherstellung der Steuer auf gezuckerte Pflaumen beantragte. Das Haus stimmte diesen Vorschlägen zu.

† London, 17. Apr. In seinem gestrigen Exposé veranschlagte der Schatzkanzler die Einnahmen des Jahres 1874/75 auf 77,799,300 Pfd. Sterl., die Ausgaben auf 72,503,000 Pf. St, gegenüber 77,335,657 Pf. St. Einnahmen und 76,466,500 Pf. Sterl. Ausgaben des letzten Rechnungsjahres. Der sich für 1874/75 ergebende Ueberschuß von 5,492,000 Pf. St. wird durch die, wie gemeldet, angenommenen Steuermäßigungen auf 462,000 Pf. Sterl. herabgemindert. Der Einfuhrzoll auf rohen Zucker hört mit dem 1. Mai, auf raffinirten mit dem 21. Mai auf. Die Berathung des Budgets beginnt am nächsten Donnerstag. Durch eine Botschaft der Königin wurde für General Wolseley eine Dotation von 25,000 Pfd. Sterl. beantragt.

† Konstantinopel, 15. Apr. Der armenisch-katholische Patriarch Kupelian erhielt die erbetenen Beziralerlasse für sechs Prälaten, welche in die Provinzen geschickt werden, um die Autorität des Patriarchen dort zur Anerkennung zu bringen.

† Konstantinopel, 16. Apr. Der Vikar des Expatriarchen Hassun, Msgr. Azarin, hat eine Reise nach Rom angetreten.

† Kairo, 17. Apr., Morgens. Die deutsche Expedition in die Lybische Wüste unter Gerhard Rohlfs ist heute hierher zurückgekehrt.

Das Post-Dampfschiff des Nordd. Lloyd „Amerika", Kapitän R. Bussius, am 1. April von Neu-York direkt nach Bremen abgegangen, ist heute wohlbehalten auf der Weser eingetroffen.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 17. April, die übrigen vom 16. April.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligation.	106½	Eurem- 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	93
Baden 5% Obligationen	104¼	burg 4% „ i. Thlr. à 105 fr.	93
„ 4½% „	100⅞	Rußland 5% Oblig. v. 1870	
„ 4% „	96⅞	£ à 12.	97½
„ 3½% Oblig. v. 1842	91⅞	„ 5% dto. v. 1871	96½
Bayern 4½% Obligat.	101⅜	Schweden 4½% dto. i. Thlr.	98¼
„ 4% „	98	Schweiz 4½% Bern. Stts.obl.	97
Württemberg 5% Obligation.	105½	**N.-Amerika 6% Bonds**	
„ 4½% „	101⅛	**1882r v. 1862**	—
„ 4% „	97⅜	**„ 6% dto. 1885r**	
Nassau 4% Obligationen	98¾	**von 1865**	100⅞
Gr. Hessen 4% Obligationen	99¾	„ 5% dto. 1904r	
Oesterreich. 5% Silberrente		(20/60r v. 1864	98½
Zins 4½%	66⅜	3% Spanische	18
„ 5% Papierrente		Volle franz. Rente	95½
Zins 4½%	62⅜	1872 „ „	—

Aktien und Prioritäten.

Badische Bank	111¾	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	69⅞
Frankf. Bankverein	80⅛	5% Böhm. Westb.-Pr. i. Silb.	95⅜
Deutsche Vereinsbank	89⅞	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	84½
Provinzialdiskonto	84	5% dto. „ 2. Em.	83
Darmstädter Bank	365	5% dto. steuerfr. neue „	88½
Oesterr. Nationalbank	1005	5% dto. (Neumarkt-Ried)	89
Württemb. Vereinsbank	139⅜	5% Donau-Drau	—
Oesterr. Kredit-Aktien	215½	**5% Frz.-Jos.-Prior.**	91¾
Mitt. deutsch. Kred. Bank	104½	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 67/68	86¼
Rheinische Kreditbank	99¼	5% Kronpr. Rudolf-Pr. v. 1869	84½
Basler Bankverein	90½	**5% östr. Nrdwstb. Pr. i. S.**	86⅞
Brüsseler Bank	102⅜	5% „ „ Lt. B.	66⅞
Berliner Bankverein	82½	Vorarlberger	—
Stuttgarter Bank	—	5% Ung. Ostb.-Prior. i. S.	58¼
Deutsche Effektenbank	115¼	5% Ungar. Nordostb.-Prior.	65¾
Oestr.-deutsche Bank	85	5% Ungar.-Galiz.	66¾
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	110¾	Ungar. Eis.-Anl.	—
4½% pfälz. Marbahn 500 fl.	119½	5% östr. Süd-Lomb.-Pr. i. Frcs.	86⅞
4% Hess. Ludwigsbahn	132¼	**3% östr. Süd-Lomb.-Pr.**	49⅝
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	77⅜	5% österr. Staatsb.-Pr.	—
5% östr. Frz. Staatsb.	32b	3% österr. Staatsb.-Pr.	61½
5% „ Süd-Lombard.	151½	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D/	34¾
5% „ Nordwestb.-A.	180¼	5% Rheinische Hypothekenbank	
5% Elisab. Eisenb. à 200 fl.	206¾	Pfandbriefe	101
5% Rud. Eisnb. 2. E. 200 fl.	162½	4½% „	—
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	217	6% Pacific Central	78⅝
5% Frz. Jos. Eisenbahn	206¼	6% South Missouri	46¼

Anlehensloose und Prämienanleihen.

Bayr. 4% Prämien-Anl.	114	Oestr 4% 250-fl.-Loose v. 1854	92⅛
Badische 4% dto.	—	„ 5% 500-fl.- „ v. 1860	95½
„ 35-fl.-Loose	70⅛	„ 100-fl.-Loose von 1864	—
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	22½	Schwedische 10-Thlr.-Loose	15¾
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	—	Finnländer 10-Thlr.-Loose	10¼
„ „ 25-fl.- „	56¾	Meininger fl. 7.	8⅞
Ansbach-Gunzenhausen. Loose	15	3% Oldenburger Thlr.-10-L.	—

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 6%	118⅝	Holländ. 10-fl.-St. fl.	9.45—47
Paris 200 Frcs. 6%	94⅛	Ducaten	„ 5.30—32
Wien 100 fl. östr. W. 5%	105⅛	**20-Francs-St.**	„ 9.25—26
		Engl. Sovereigns	„ 11.50—52
Disconto . . . . . I. S. 3½%		Russische Imperial	„ 9.40—42
Preuß. Friedrichsd'or fl.	—	Dollars in Gold	„ 2.25—26
Pistolen	„ 9.34—36	Dollarcoupon	„ —

Tendenz: Kreditbaisse.

Berliner Börse. 17. Apr. Kredit 119¾, Staatsbahn 185½, Lombarden 86½, 82r Amerikaner —, 60er Loose —, Rumänier —, Galizier —. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 17. Apr. Kreditaktien 201.50, Staatsbahn —.—, Lombarden 149.25, Anglobank 125.75, Napoleonsd'or 8.96½. Tendenz: reservirt.

Neu-York, 17. Apr. Gold (Schlußkurs) 113½.

☞ **Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.**

Verantwortlicher Redakteur:
Paul Kretzschmar.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 19. Apr. 2. Quartal. 54. Abonnementsvorstellung. Fra Diavolo, komische Oper in 3 Akten, von Auber. Anfang ½7 Uhr.

Montag, 20. Apr. 2. Quartal. 55. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal wiederholt: Epidemisch, Schwank in 4 Akten, von Dr. J. C. v. Schweizer. Anfang ½7 Uhr.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

D.969. **Mittheilungen**
an den wirkl. Gesundheitsrath (Hygieist) **Karl Jacobi in Berlin** S. W., Friedrichstr. 208, über die Erfolge des von ihm erfundenen und allein fabrizirten **Königtrunks** (i. e. Trank der Tränke): Heilung von (56678) Brustkrankheit; die Aerzte hatten die Kranke aufgegeben; (56732) a. 7jähriger Blindheit durch 4 Flaschen; die Geheilte „kann ohne Brille den feinsten Druck lesen"; b. mehr als 10jähriger Gicht; der Geheilte „konnte kaum noch ein Glied rühren" und ist von den Leiden „durch nur einige Flaschen ganz befreit"; c. anderen Krankheiten bei mehreren Personen; (56803) Augenentzündung durch 4maligen warmen Umschlag; — (56808) Wassersucht nach sechs Flaschen; (56855) altem Brustleiden durch 12 Flaschen; (56869) 25jähriger Lähmung; „nach einigen Flaschen bedeutend gebessert"; — (57375) Augenübel, nach 4 Flaschen „sehr gebessert, die Augen heller geworden".
NB. Die Flasche Extract, zu 4 mal oder mehr Wasser, zwei Mark, fünf Flaschen in der Fabrik acht Mark, kostenfrei ins Haus, bis an die Grenzen des Deutschen Reiches.
(Wird fortgesetzt.)

Vorräthig in ***Karlsruhe*** bei ***Th. Brugier***, Waldstraße 10, und ***R. Schnupp***, Langestr. 233; in **Constanz** bei **J. Schildknecht**; in **Freiburg i. Br.** bei **J. Rotzinger**, in **Heidelberg** bei **Franz Popp** am Markt; in **Kehl a. Rh.** bei **Karl Schick**; in **Mannheim** bei **L. Goos**, S. 2. Nr. 20; in **Pforzheim** bei **Wilhelm Salzer**; in **Tauberbischofsheim** bei **L. Franc**; in **Waldshut** bei **Gebr. Philipp**.

Sichere Hülfe Allen,
welche an Magenkrampf, Hämorrhoidal, Bleichsucht, Drüsen, Flechten, Gicht, Nervenschwäche, weisem Fluss u. s. w. leiden. **Unentgeltliche** Auskunft ertheilt B.971.9.
Fr. Th. Meyhofer,
Branchweigns, Salzdahlumerstrasse 31.

Knaben,

welche schwer lernen und schwer gehorchen, deßhalb einer unausgesetzten Aufsicht und Nachhilfe bedürfen, auch solche, die durch besondere Umstände zurückgeblieben, schnell gefördert werden sollen, finden Aufnahme in dem Hause eines süddeutschen Professors. Feinste Referenzen.
Das Nähere auf Anfragen sub ***H.c.61148*** an die Annoncen-Expedition von ***Haasenstein & Vogler*** in ***Frankfurt a. M.*** D.965.

Buffet-Dame.

In einem feinen Café-Restaurant ist durch ein gebildetes Frauenzimmer gesetzten Alters (auch Wittwe) eine Stelle zu besetzen und könnte der Eintritt sofort geschehen.
Offerten beliebe man an die Expedition dieses Blattes zu richten. D.970.

D.972. **Kaminfegergesuch.** Ein solider Arbeiter findet dauernde Beschäftigung bei Kaminfegermeister Schmidt in Rastatt.

Betheiligungs-Gesuch.

D.938. 2. (H71216) Ein junger verheiratheter Mann, 25 Jahre alt, wünscht sich mit einer Baareinlage von 12- bis 20,000 fl. an einem bestehenden Fabrik- oder Engros-Geschäft in Stuttgart oder Karlsruhe zu betheiligen.
Gefl. Offerten sub Chiffre N. Z. 185. befördert die Annoncen-Expedition von ***Haasenstein & Vogler*** in ***Stuttgart.***

D.962. 1. Offenburg.
Haus- und Geschäftsverkauf.
Ein im belebtesten Theile einer Kreisstadt Badens gelegenes zweistöckiges Wohnhaus, in welchem schon seit vielen Jahren mit bestem Erfolg ein Manufaktur- und Colonialwaaren-Geschäft betrieben wurde, wird unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen gesucht.
Käufe schließt die Universalagentur von **J. Obert** in **Offenburg** ab, welche auch jede Auskunft ertheilt.

D.967. 1. Karlsruhe.
Laden mit Wohnung zu vermiethen.

Waldstraße 4 ist ein geräumiger Laden, worin schon mehrere Jahre Conditorei und Spezerei betrieben wurde und welcher sehr leicht vergrößert werden kann, mit 2 — 3 Zimmern, Alkov, Küche, Keller und Speicherkammer, auf den 23. Juli zu vermiethen.
Auch könnte die Einrichtung dazu abgegeben werden.
Näheres im II. Stock.

Stelle für einen Schreiber.

D.975. 1. Wir suchen für unsere Kanzlei einen gut beleumundeten Schreiber mit schöner Handschrift, welcher wenigstens die vier unteren Klassen einer Lateinschule besucht hat und nicht über 24 Jahre alt ist.
Der Gehalt beträgt 600 fl. und wird bei vorzüglicher Leistung nach einiger Zeit noch erhöht werden.
Die Bewerbungen sind unter Anschluß der Zeugnisse bis Ende April l. J. bei uns einzureichen.
Fürstlich Fürstenbergische Domänenkanzlei in Donaueschingen. (H.6336 a.)

D.921. **Als in jeder Hinsicht nützlich**
sind nachstehende in der **ERNST**'schen Buchhandlung in **Quedlinburg** erschienene Bücher zu empfehlen und in **allen** Buchhandlungen zu haben:

Bohn, L., Die Handelswissenschaft für Handlungs-Lehrlinge und -Gehilfen, zur Erlernung der Correspondenz, kaufmännischem Rechnen, Buchhaltung, und der Schönschreibekunst. 14. verbesserte Auflage. 2 fl. 24 kr.

Campe's Briefsteller oder Anweisungen, Briefe und Geschäfts-Aufsätze aller Art nach den besten Regeln des Styls schreiben und einrichten zu lernen, mit 250 Musterbriefen und 100 Geschäftsaufsätzen. — Zweiundzwanzigste verbesserte Auflage. 54 kr.

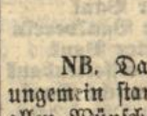
Meyer, Complimentirbuch, oder 100 Anweisungen, sich in Gesellschaften in jeder Hinsicht anständig zu benehmen, mit 28 Geburtstags-Gedichten, einer Blumensprache und 40 Toasten. 26. Auflage. (Ist das beste aller Complimentirbücher). 45 kr.

Galanthomme, oder: der Gesellschafter wie er sein soll, mit 40 Liebesbriefen, 20 declamatorische Stücke, 28 Gesellschaftsspiele und Kunststücke, Bismark'sche Anecdoten, 20 Gesellschafts-Lieder, 60 Toaste. — Fünfzehnte verb. Auflage. 1 fl. 30 kr.

Weber, J., Neues vollständiges Fremdwörterbuch, 14,000 fremde Wörter enthaltend, worin man jedes in Zeitungen und Schriften vorkommende Fremdwort erklärt findet. 9. Aufl. 36 kr.

Trempenau, Unterricht in der **einfachen und doppelten Buchführung** nach **Mark** und **Pfennige** ausgeführt für Kaufleute und Gewerbtreibende, um ihre Bücher vereinfacht und übersichtlich zu führen, mit Anweisung zur Einklagung der Buchschulden. (Ein Musterbuch seiner Art.) Fünfte verbesserte Auflage. 1 fl. 48 kr.

Obige in neuen verbesserten Auflagen erschienenen Bücher sind durch jede Buchhandlung zu beziehen.
In **Karlsruhe** durch die **G. Braun**'sche Hofbuchhandlung und **A. Bielefeld's** Hofbuchhandlung.



Pferde-, Rinder- u. Farrenmarkt in Offenburg.

Am **Mittwoch den 3. Juni 1874** findet der Pferde-, Rinder- und Farrenmarkt dahier statt, zu welchem Käufer und Verkäufer hiemit eingeladen werden.
Zur Schaffung einer Marktcontrole ist auf dem Marktplatze selbst ein Bureau errichtet, auf welchem von jedem zu Markt gebrachten Thiere Anzeige zu machen ist. Deßgleichen sollen alle abgeschlossenen Käufe daselbst protokollirt werden. (Das Protokolliren geschieht unentgeltlich.)
Zur Hebung des Marktes wird auch diesmal wieder eine Verloosung von Pferden, Rindern, Fahr-, Reit- und Stall-Requisiten stattfinden.
Alle für diese Verloosung eingehenden Gelder werden, abzüglich der entstehenden Unkosten, ausschließlich zum Ankauf der Gewinnste verwendet. **Der geringste Gewinn hat einen Werth von 10 Gulden.**
Die Verloosung findet am **Freitag den 5. Juni d. J., Nachmittags 3 Uhr,** im **Rathhaussaale dahier** öffentlich vor Notar und Zeugen in bisheriger Weise statt.
Der Preis des Looses ist auf **Ein Gulden** festgesetzt.
Die Loose sind bei **Karl Debold** hier und dessen Agenten, sowie am Markttage auf dem Marktplatze zu haben.
Offenburg, den 15. März 1874.
Im Namen des Gemeinderaths der Stadt Offenburg und des landwirthschaftlichen Bezirks-Vereins:
Die Markt-Commission.
Rechner:
Karl Debold.
NB. Da in der Regel die Betheiligung an dieser Verloosung eine ungemein starke ist, so wolle man Bestellungen baldigst machen, um allen Wünschen genügen zu können. D.910 1.

B.400. 7.

Adler-Linie.
Deutsche Transatlantische Dampfschifffahrts-Gesellschaft in Hamburg.
Von **Hamburg** nach **New-York**
werden **direct, ohne Zwischenhäfen anzulaufen,** expedirt die eisernen deutschen 3600 Tons großen und 3000 effective Pferdekraft starken Schrauben-Dampfschiffe:
Herder am 30. April | **Lessing** am 14. Mai | **Goethe** am 28. Mai
Passagepreise: I. Cajüte Pr. Thlr. **165,** II. Cajüte Pr. Thlr. **100,**
Zwischendeck Thaler 45 Preuß. Courant
Auskunft wegen Fracht u. Passage ertheilt: Die Direction in Hamburg, bei St. Annen 4, sowie **Gundlach & Bärenklau** in **Mannheim** u. deren Bezirks-Agenten:
in **Karlsruhe, Fried. Aal** Sohn, | in **Ettlingen, Fr. Diehm,**
„ **Durlach, Aug. Grieb,** | „ **Rastatt,** Commissionär **C. Kopf.**
General-Agenten in Newyork: Knauth, Nachod & Kühne, 113 Broadway.
Briefe adressire man: »Adler-Linie, Hamburg«, Telegramme: »Transatlantic, Hamburg«.

D.641. 2.
Heidelberg.
Hôtel Schrieder.
Unmittelbar am Bahnhofe.
Ersten Ranges.
6 Salons, 120 Schlafzimmer
für Familien und einzelne Herren. (Preis-Verzeichniß in jedem Zimmer.)
A. Drexel.

D.971. Der
Anstich und Versandt
von
Münchner Sommerlagerbier
von **G. Sedlmayr-Spaten**
beginnt mit dem 20. April d. J. und nimmt Bestellungen hierauf entgegen das
Engros-Verkauf- und Versandt-Geschäft
von **C. Däschner,**
Großh. Hoflieferant,
in **Karlsruhe.**

D.968. Karlsruhe.
Oelgemälde-Ausstellung von Münchener Künstlern
bei **C. Schubert,** Vergolder in Karlsruhe,
Langestraße 113, Eingang Adlerstraße:
Landschaften von **Stademann, Broschsky, Lichtenheld, Lohr, Engelmann; Jagdstücke** von **Voltz, M. Müller; Genrebilder** von **Gaiser, Oesterreicher.** Bei billigst gestellten Preisen ladet zum Besuch alle Kunstfreunde höflichst ein
achtungsvoll
C. Blum aus München.
(Die Ausstellung dauert nur einige Tage.)

D.960. 1. Freiburg i/Br.
Anzeige und Empfehlung.
Hiermit beehre ich mich, die ergebene Anzeige zu machen, daß das Gasthaus
z. Rheinischen Hof
unterm Heutigen in meinen Besitz übergegangen ist, und wird es mein bestes Bestreben sein, den vieljährigen, guten Ruf dieses Hauses in jeder Beziehung zu erhalten.
Freiburg i/Br., im April 1874.
L. Adam.

Die Knaben-Erziehungs-Anstalt
in **Ettlingen** (bei Karlsruhe)
beginnt am 26. April ihren Sommerkurs. Auf Verlangen werden Prospektus versendet und wird nähere Auskunft ertheilt von dem Vorstand
Fath. (H.61013.) D.729.3.

D.959. 1. Baden-Baden.

Hausverkauf.
In Baden-Baden ist ein reizend gelegenes, nicht zu großes Wohnhaus, fast noch neu, mit Garten, schöner Aussicht, im Mittelpunkt der Stadt, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.
Adresse an die Expedition dieses Blattes.

Bürgerliche Rechtspflege.
Entmündigungen.

E.857. Nr. 10,475. Freiburg. Rosina Zürcher von Ehrenstetten, Ehefrau des Hauptlehrers Gustav Stoffler von Breitnau, wurde wegen bleibenden Zustandes von Geistesstörung im Sinne des L.R.S. 489 entmündigt.
Freiburg, den 14. April 1874.
Großh. bad. Amtsgericht.
Mors.

E.873. Nr. 8508. Offenburg. Den Antrag auf Mundtodterklärung des Hermann Gaß von Weier betr., wird zu Recht erkannt: Dem Hermann Gaß, lediger Metzger von Weier, wird untersagt, ohne Mitwirkung eines gerichtlichen Beistands, als welcher Waisenrichter Mathias Waker hiermit aufgestellt ist, zu rechten, Vergleiche zu schließen, Anleihen aufzunehmen, ablösliche Kapitalien zu erheben, darüber zu quittiren, Güter zu veräußern oder zu verpfänden. V. R. W. Dieses Urtheil wird dem Hermann Gaß mit der Aufforderung eröffnet, einen Zustellungsgewalthaber dahier aufzustellen, widrigenfalls alle Gerichtsbeschlüsse an Eröffnungsstatt nur an die Gerichtstafel angeschlagen würden.
Offenburg, den 11. April 1874.
Großh. bad. Amtsgericht.
Junghanns.

Verm. Bekanntmachungen.

D.961. Nr. 2195. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die Steuereinnehmerei Steinbach, Amts Bühl, mit einem Einkommen von beiläufig 470 fl. jährlich, ist in Erledigung gekommen. Bewerber, welche den Anforderungen der landesherrlichen Verordnung vom 6. Dezember 1872 entsprechen, haben ihre Gesuche binnen 3 Wochen an Großh. Steuerdirektion gelangen zu lassen.
Karlsruhe, den 11. April 1874.
Ministerium der Finanzen.
Ellstätter.
vdt. Wohlgemuth.

D.864. 3. Karlsruhe.
Versteigerung herrenloser Reiseeffekten und Frachtgüter.
Montag den 20. und Dienstag den 21. April werden wir die im I. Quartal 1873 zur Einlieferung gelangten herrenlosen Reiseeffekten und Frachtgüter, für welche eine Rückforderung nicht stattgefunden in den Räumen des Hauptmagazins, Bahnhofstraße 4, jeweils Vormittags 8½ Uhr und Nachmittags 2 Uhr beginnend, gegen Baarzahlung dem Verkaufe aussetzen.
Karlsruhe, den 9. April 1874.
Großh. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine.
Meißlinger.

D.974. Nr. 2655. Karlsruhe.
Großh. Bad. Staatsbahnen.
Höherem Auftrage zufolge soll die Lieferung von 400 Stück Eisenbahnwagendecken vergeben werden, wofür die Bedingungen auf portofreies Ansuchen von dem Unterzeichneten zu beziehen sind, an den auch Offerten mit Muster des Stoffes portofrei versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, längstens bis 30. d. Mts. zu richten sind.
Karlsruhe, den 17. April 1874.
Der Großh. Maschinen-Ingenieur:
Delisle.

D.963. Nr. 1678. Baden.
Papier-Verkauf.
Am Dienstag den 21. d. M., Nachmittags 2 Uhr, werden in dem früheren Domänenverwaltungsgebäude, Hirschstraße Nr. 3 hier:
30 Zentner ausgeschiedene ältere Akten zum Einstampfen
an den Meistbietenden öffentlich versteigert, wozu die Liebhaber eingeladen werden.
Baden, den 14. April 1874.
Großh. Domänenverwaltung.

D.964. 1. Nr. 409. Offenburg.
Vergebung der Eisenkonstruktion zum neuen Oberbau der Straßenbrücke über die Kinzig bei Offenburg.
Der aus Eisen zu konstruirende Oberbau der Brücke mit 5 getrennten Oeffnungen erfordert folgende Eisensortimente:
1) Schmiedeisen . . . 78450 Kilogr.
2) Gußeisen . . . . 3768 „
Die Lieferung und Aufstellung der Konstruktion vergeben wir hiermit im Wege der Soumission und laden die Herrn Unternehmer ein, ihre Angebote nach Prozenten des Voranschlags bis
Samstag den 9. Mai d. J.,
Vormittags 10 Uhr,
mit der Aufschrift „Eisenkonstruktion für die Kinzigbrücke bei Offenburg" versiegelt und portofrei anher einzureichen.
Plane, Kostenüberschläge und Bedingungsheft können bis dahin bei uns eingesehen werden.
Offenburg, den 16. April 1874.
Großh. bad. Wasser- und Straßenbau-Inspektion.
Strohmeyer.

D.849. 3. Nr. 517. Langenstein.
Hofguts-Verpachtung.
Dienstag den 28. dieses Monats, Vormittags 9 Uhr, verpachten wir auf diesseitiger Kanzlei folgende zwei Hofgüter auf weitere 12 Jahre nämlich von Lichtmeß 1875 bis dahin 1887.
a. Den Portugieser-Hof, auf der Gemarkung Langenstein gelegen, bestehend in den erforderlichen Gebäulichkeiten, 163 Morgen = 58 Hektar 68 Ar — Ackerland und Wiesen;
b. den Oberdornsberger Hof, auf der Gemarkung Dornsberg mit sehr geräumigen Gebäulichkeiten, 186 Morgen = 66 Hektar 96 Ar — Garten, Ackerland und Wiesen.
Beide Hofgüter sind vollkommen arrondirt, von guter Bodenbeschaffenheit und mit zahlreichen tragbaren Obstbäumen versehen. Dieselben liegen nur 1 Stunde von der Eisenbahn entfernt. Die nahe Schweizergrenze und die unweit gelegenen Fruchtmärkte sichern den Absatz aller landwirthschaftlichen Produkte. Jede weitere Auskunft ertheilt die unterfertigte Stelle.
Langenstein, den 8. April 1874.
Gräflich Langensteinisches Rentamt.
Gut.

D.973. Nr. 3930. Eberbach. (Altenausscheidung.) Die bei der unterzeichneten Behörde vorhandenen, bis zum Jahr 1840 erwachsenen Akten über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten der in § 5 Ziff. 3 der Verordnung vom 8. April 1853 (Reg.-Bl. Nr. 14) bezeichneten Art sind zur Vertilgung ausgeschieden, weßhalb den Betheiligten freisteht,
innerhalb 4 Wochen
um Rückgabe der von ihnen oder ihren Rechtsvorfahren zu diesen Akten gegebenen Beweisurkunden nachzusuchen.
Eberbach, den 16. April 1874.
Großh. bad. Amtsgericht.
E. von Stockhorn.

D.951. 2. Illenau.
Hilfsarzt-Stellen.
An der Heil- und Pflege-Anstalt Illenau sind im nächsten Monat die Stellen zweier Hilfsärzte zu besetzen. Gehalt 600 fl. nebst freier Station.
Die näheren Bedingungen sind bei unterzeichneter Stelle zu erfahren, an welche die Bewerber ihre Gesuche nebst Zeugnissen einsenden wollen.
Illenau bei Achern (Baden) April 1874.
Direktion
der Großh. Heil- und Pflege-Anstalt Illenau.
Roller.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.